

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 80 Rp.

AKTUELL

Anstieg der Tollwutfälle

(AP) Die Zahl der Tollwutfälle in der Schweiz wird 1994 erneut über dem Vorjahresniveau liegen. Ursache ist die grosse Fuchspopulation, wie die Schweizerische Tollwutzentrale am Mittwoch mitteilte. In den ersten drei Semestern des laufenden Jahres wurden 189 Fälle gezählt, verglichen mit 175 Fällen im ganzen 1993. In den vergangenen Jahren sei eine konstante leichte Ausdehnung der Tollwutfälle zu verzeichnen, sagte Reto Zannoni, Leiter der Schweizerischen Tollwutzentrale auf Anfrage. Betroffen seien dabei seit langem immer die gleichen Gebiete im Nordwesten der Schweiz.

Euroskeptiker legen los

Bournemouth/England (AP) Mit Attacken auf die Sozialcharta in den Verträgen von Maastricht haben sich die Euroskeptiker innerhalb der britischen Konservativen am Mittwoch auf ihrem Parteitag im südenenglischen Seebad Bournemouth zu Wort gemeldet. Arbeitsminister Michael Portillo verhöhnte die übrigen Europäer, die zu wenig arbeiten, zu viel Urlaub machen und dafür auch noch höher bezahlt würden. Die Sozialpolitik der Europäischen Union sei schlicht verrückt und für London unannehmbar. Grossbritannien hat die Sozialcharta von Maastricht als einziges EU-Land nicht unterzeichnet.

Abzug aller Truppen

Bagdad (AP) Irak hat nach eigenen Angaben vom Mittwoch den Rückzug seiner auf 80 000 Soldaten geschätzten Streitkräfte aus dem Grenzgebiet zu Kuwait abgeschlossen. Der irakische Aussenminister Mohammed Said el Sahhaf sagte, bereits am Dienstag sei der grösste Teil der Truppen abgezogen worden. Die verbliebenen 8 000 Soldaten hätten das Gebiet am Mittwoch in Richtung rückwärtiger Positionen verlassen. Eine unabhängige Bestätigung lag zunächst nicht vor.

Zahlreiche Konkurse

Die Gesamtzahl der Konkurse in der Schweiz ist in den ersten neun Monaten dieses Jahres praktisch gleich hoch geblieben wie vor einem Jahr. Der Schweizerische Verband Creditreform verzeichnete gemäss Mitteilung vom Mittwoch in St. Gallen seit Anfang Jahr 7682 Privat- und Firmenkurse, 0,5 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 1993. Bei den Firmenkursen wurde eine Abnahme um 2,5 Prozent auf 4373 Fälle verzeichnet.

Zollvertrag-Diskussion im Landtag vor Vertrag-Unterzeichnung?

Die unter Zeitdruck geratene Regierung setzt den Landtag ebenfalls unter Zugzwang im Zusammenhang mit Zollvertragsanpassung und EWR-Beitritt

(G.M.) – Das EWR- und Zollvertragsjahr neigt sich langsam dem Ende zu, doch die entscheidenden Vorgänge müssen in der noch verbleibenden, relativ kurzen Zeit über die Bühne gebracht werden. Die Regierung hält unverändert an ihrem Fahrplan fest, das Fürstentum Liechtenstein auf den 1. Januar 1995 Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes werden zu lassen. Ausser dieser terminlich fixierten Zielsetzung befindet sich alles andere, was EWR-Beitritt und Zollvertragsanpassung betrifft, noch im Stadium des Ungewissens, wie Regierungschef Dr. Mario Frick und Aussenministerin Dr. Andrea Willi am Pressegespräch vom Dienstag bestätigten.

Die Anpassung des schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrages ist auf Expertenebene mit der Paraphierung der geänderten Vertragstexte durch die Unterhändler beider Staaten abgeschlossen worden. Ausstehend ist jedoch noch die Unterzeichnung dieses Abkommens auf Regierungsebene, damit das innerstaatliche Verfahren in die Wege geleitet werden kann. Der Zeitpunkt, an dem die verantwortlichen Regierungsvertreter der Schweiz und Liechtensteins ihre Unterschrift unter das Dokument setzen sollen, konnte nach Auskunft von Aussenministerin Dr. Andrea Willi bisher noch nicht fixiert werden.

Der Landtag, der gemäss Terminplanung in zwei Wochen seine EWR-Sitzung (unter Einschluss der Zollvertragsmaterie) abhalten wollte, sieht sich vor die Situation gestellt, über die «Lösungsplat-

form» und über die Änderungen des Zollvertrages diskutieren zu müssen oder zu können, ohne dass ein nach den geltenden Regeln unterzeichneter Vertragstext vorliegt. Das Parlament könne wohl über die Anpassung des Zollvertrages debattieren, meinte Aussenministerin Dr. Andrea Willi am Pressegespräch, jedoch nicht darüber befinden, weil der unterzeichnete Vertragstext bis zu jenem Zeitpunkt mit grosser Wahrscheinlichkeit noch nicht vorliegt. Über einen lediglich paraphierten Vertrag kann gemäss dieser Aussage wohl diskutiert werden, doch ein nach den parlamentarischen Regeln durchgeführtes Verfahren wird in diesem Stadium des Vertragsprozesses nicht möglich sein. Dem Landtag bleibt somit die Aufgabe, die Anpassung verschiedener Gesetze im Hinblick auf die Zollvertragsänderung und den EWR-Beitritt im ordentlichen Parlamentsverfahren anzugehen, bevor über den Grundsatz der Vertragsänderung entschieden ist.

Regierung verlagert Zeitdruck

Die Regierung, die seit Jahresbeginn eine optimistische Stimmung verbreitet in bezug auf die Verwirklichung ihrer Zielsetzung, gleichzeitig dem EWR-Raum und dem Wirtschaftsraum Schweiz anzugehören, verfügt zwei Monate vor dem mutmasslichen Termin über die 2. EWR-Abstimmung noch über keine gesicherte Erklärung der EWR-Partner, ob diese 18 Staaten der zwischen der Schweiz und Liechtenstein in Verhand-

lungen erarbeiteten «Lösungsplattform» zustimmen. Die von Aussenministerin Dr. Andrea Willi mehrfach georteten «positiven Signale aus Brüssel», wie sie dem Landtag gegenüber erklärte, haben sich bisher noch nicht in einer klaren Stellungnahme der zuständigen Brüsseler Gremien niedergeschlagen.

Aufgrund dieser Ausgangslage macht es den Anschein, als ob die angekündigte EWR-Sitzung des Landtags in zwei Wochen einer eigenartigen Vorstellung des Parlaments in dieser äusserst wichtigen ausserpolitischen Angelegenheit gleichen wird.

Der EWR-Bericht der Regierung dürfte bis zu diesem Zeitpunkt nicht vorliegen, weil zuerst die Beschlussfassung durch die EWR-Gremien zu erfolgen hat. In diesem Fall will sich die Regierung, wie Aussenministerin Willi am Pressegespräch erklärte, mit einer mündlichen Lagebeurteilung begnügen. Nicht vollständig ausgeschlossen erscheint auch die zweite Variante, wonach der Landtag im Falle einer tatsächlich positiv übermittelten EWR-Erklärung sehr kurzfristig einen Bericht zugestellt erhält, über den die Abgeordneten zu befinden oder zumindest zur Kenntnis zu nehmen haben. Ob sich das Parlament diese Verlagerung des Zeitdrucks von der Regierung auf die Landtagsebene gefallen lässt, wird sich weisen.

Information vor Abschluss

Das Spiel der Regierung mit dem Zeitfaktor wirkt sich auch auf die Informa-

tionspolitik an die Adresse der Stimmberechtigten aus, die nach dem Versprechen im Vorfeld der EWR-Abstimmung von 1992 in einer 2. EWR-Abstimmung nochmals Stellung beziehen können: Freilich nicht, wie viele meinten und was von der Regierung nie offiziell demontiert wurde, über den EWR-Grundvertrag, sondern nur noch über die seither hinzugekommenen Bestimmungen. Zwar hat die Regierung bereits ihre Informationskampagne zugunsten des EWR-Beitritts aufgenommen, doch wirkt diese Werbung für ein Abkommen etwas deplatziert, bevor die endgültigen Beschlüsse aller drei beteiligten Partner – Schweiz, EWR-Staaten und Liechtenstein – vorliegen.

Auf der anderen Seite darf freilich nicht vergessen werden, dass sich bei einem Abwarten angesichts des herrschenden Zeitdrucks die gesamte Informationskampagne im ungünstigsten Fall auf wenige Tage beschränken müsste, was ebenfalls nicht im Sinne der Sache wäre.

Die Regierung verbreitet, wenn zur EWR- und Zollvertragsangelegenheit auch noch die Mehrwertsteuer-Frage in die Bilanz miteinbezogen wird, in den letzten Monaten nicht gerade das Bild einer entschlossenen, in ihren Verhandlungen auf ein Ziel ausgerichteten Exekutive. In Ermangelung nachprüfbarer Fakten und Ergebnisse verbreiten dafür einzelne ihrer Mitglieder in regelmässigen Abständen (zwangsoptimistische Prognosen – die eintreffen können oder nicht.

Das zu Beginn angekündigte Debakel blieb letztlich aus

Fussball-EM: Liechtenstein unterliegt in Irland mit 4:0 (3:0) – Bereits nach vier Minuten führten Iren 2:0



Im mit 33 000 äusserst frenetischen Zuschauern ausverkauften Hexenkessel an der Lansdowne Road in der irischen Hauptstadt Dublin kam die liechtensteinische Fussball-Nationalmannschaft (unser Bild zeigt das Team vor der Abreise) gestern Abend bei WM-Achtelfinalist Irland zu einer letztlich ehrenvollen 4:0-Niederlage. Ehrenvoll vor allem auch, weil es zu Beginn ganz nach einem Debakel aussah, denn schon nach vier Minuten hiess es 2:0 für die Gastgeber! Nachdem die Seiten beim Stand von 3:0 gewechselt worden waren, hielt das Weisse-Team jedoch wacker dagegen und hatte in der 50. Minute gar grosses Pech, als Hefti per Kopf nur die Latte traf. Acht Minuten vor Schluss fiel schliesslich der Treffer zum 4:0-Endstand.

Liechtenstein in Zahlen 1994

Wer möchte nicht schnell wissen, wie gross das Fürstentum Liechtenstein ist, welches die höchste Erhebung Liechtensteins ist, wieviele Arbeitsplätze in den Industrie- und Gewerbebetrieben angeboten werden, wie hoch die Exportsumme oder wie einträglich die verschiedenen Steuerarten sind? Auf diese Fragen gibt eine kleine Broschüre Antwort, die vom Amt für Volkswirtschaft dieser Tage mit dem Titel «1994 – Liechtenstein in Zahlen» herausgegeben wurde. Der höchste Berg ist immer noch die Grauspitze mit 2599 Meter über Meer, während der tiefste Punkt im Ruggeller Riet mit nur 430 Meter über Meer gemessen wurde. Mit einer Fläche von 160 Quadratkilometern ist das Fürstentum Liechtenstein der viertkleinste Staat Europas, weist jedoch bei einem Bevölkerungswachstum von 1,4 % in den vergangenen zehn Jahren eine Bevölkerungsdichte von 189 Einwohner pro Quadratkilometer auf. Die Einwohnerzahl wird mit 30 310 Personen angegeben.

Trotz guter Gesundheit sind viele Jugendliche deprimiert

Oft fehlende Ansprechpartner bei Problemen in Schule und Beruf – Befragung von 10 000 Jugendlichen

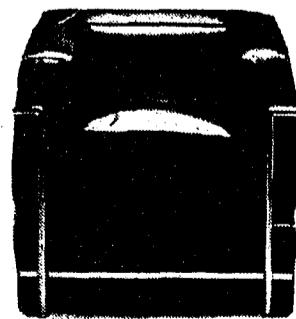
(AP) In der Schweiz fühlen sich die 15- bis 20-jährigen Jugendlichen zwar mehrheitlich gesund, doch sind viele gleichzeitig deprimiert und einsam. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land sind dabei eher gering, wie aus einer am Mittwoch in Bern veröffentlichten Studie hervorgeht. Für einige schwerwiegende Probleme in Beruf und Familie fehlten die Ansprechpartner.

Die erstmals in diesem Umfang durchgeführte Studie basiert auf einer Umfrage bei knapp 10 000 Jugendlichen in der ganzen Schweiz. Sie wurde vom Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Lausanne gemeinsam mit weiteren Stellen sowie mit Unterstützung der Kantone und des Bundes-

amtes für Gesundheitswesen (BAG) durchgeführt. Im Zentrum der Untersuchung stand dabei die Frage nach dem Lebensstil und dem Gesundheitszustand der Jugendlichen. Wie die Verfasser der Studie bei der Präsentation der Ergebnisse erklärten, zeichnet sich das Bild der Jugendlichen dabei vor allem durch «Inhomogenität und Vielfalt» aus: So fühlten sich weit über 80 Prozent der befragten jungen Menschen wohl in ihrer Haut, trieben Sport und blickten mit Optimismus in die Zukunft. Zwischen 32 und 42 Prozent der weiblichen und 16 bis 29 Prozent der männlichen Befragten litten jedoch gleichzeitig unter Einsamkeit, fühlten sich ängstlich und deprimiert und manifestierten ihre Ratlosigkeit oftmals mit

Selbstmordversuchen, Drogenkonsum oder riskantem Sexualverhalten. Zudem hätten die jungen Frauen eine ausgeprägtere Tendenz, ihre Schwierigkeiten zu verinnerlichen, während junge Männer in der gleichen Lage sich eher durch asoziales Verhalten oder Risikofreudigkeit ausdrückten. Destruktive Verhaltensweisen kumulierten sich dabei grundsätzlich bei jenen Personen, die ihre Ausbildung abgebrochen, legale oder illegale Drogen missbräuchlich konsumierten oder andere «abweichende Verhaltensweisen» aufwiesen, heisst es in der Studie. Die Unterschiede zwischen Schülern und Lehrlingen sind dabei jedoch geringer, als es die Verfasser der Studie nach eigenen Angaben erwartet haben.

LE CORBUSIER



THONY

9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
jeden Samstag geöffnet bis 16 Uhr